

RAUS AUS DER REZESSION!



AUSZEICHNUNG
Die IV vergab erstmals
den Diversitätspreis SPEKTRUM

Seite 8



OBERÖSTERREICH
Energieforum von
Oberbank und IV-OÖ

Seite 11

BULGARIEN
Bulgarischer Premierminister
Denkov im Interview

Seite 2

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

„Österreich kann in diesem Prozess eine Hauptrolle spielen“

Nikolaj Denkov ist Premierminister von Bulgarien und sieht Österreich als „Schlüsselpartner“ für den boomenden Hightech-Sektor in Bulgarien. Darüber hinaus bieten die grüne Transformation und der damit einhergehende Infrastrukturwandel neue Investitionschancen.



Nikolaj Denkov (r.) und IV-Präsident Georg Knill anlässlich eines gemeinsamen Round Table mit Industrievertretern im Haus der Industrie.

Österreich ist einer der wichtigsten Investoren in Bulgarien. Wie schätzen Sie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen aktuell ein?

Nikolaj Denkov: Österreich und Bulgarien haben eine sehr gut entwickelte Beziehung, aber mit einem großen Schatten – dem Schatten des Schengen-Vetos. Nach den Niederlanden ist Österreich der zweitgrößte Investor in Bulgarien. Die großen österreichischen Unternehmen aus verschiedenen Sektoren, wie Telekommunikation und Konsumgüterindustrie, sind in Bulgarien führend. Bulgarien exportiert seinerseits zahlreiche Waren nach Österreich, die für einige der Sektoren dort von großer Bedeutung sind. Die Hindernisse an den Landesgrenzen verteuern jedoch den Warentransport von Bulgarien über Rumänien und Ungarn nach Österreich, und das ist ein Problem, das gelöst werden muss, denn die Preiserhöhung geht zulasten der österreichischen Bürger. Aufgrund des Vetos hat sich hier und da eine negative Einstellung gegenüber österreichischen Unternehmen und Waren eingestellt. Bisher handelt es sich um einzelne Kommentare, und ich bin sicher, dass sie sofort aufhören würden, wenn das Veto fällt.

Was sind generell die wichtigsten wirtschaftspolitischen Pläne Ihrer Regierung?

Denkov: Am wichtigsten ist der Übergang von einer Wirtschaft mit niedrigen Löhnen zu einer Wirtschaft mit hoher Mehrwerterschöpfung. Dies erfordert Investitionen sowohl in modernere Maschinen und Investitionsgüter als auch in eine bessere allgemeine, berufliche und höhere Bildung. Der grüne Übergang ist ebenfalls von zentraler Bedeutung und erfordert eine tiefgreifende Umgestaltung mehrerer Wirtschaftsregionen. Die Entwicklung des IT-Sektors in unserem Land hat bereits beachtliche Erfolge vorzuweisen. Eines der führenden europäischen Entwicklungsinstitute auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz, das Institut für Informatik, künstliche Intelligenz und Technologie INSAIT, ist in Bulgarien tätig und entwickelt sich weiter. Wir haben den Anspruch, diesen Vorteil zu nutzen und noch weiter auszuweiten, indem wir aufkommende Nischen in der Hightech-Technologie besetzen. Österreich kann in diesem Prozess eine Hauptrolle als Schlüsselpartner spielen – nicht nur als wichtiger ausländischer Investor, sondern auch als Land, in dem ein Drittel der bulgarischen Studenten in Europa ausgebildet wird und in dem über 40.000 bulgarische Staatsbürger leben und arbeiten.

In welchen Bereichen sehen Sie in Bulgarien die größten Wachstumfelder für ausländische Direktinvestitionen und welche Rolle spielen dabei Energiewende und grüne Transformation?

Denkov: Infrastruktur, Transport und Energie sind die drei Bereiche, in denen wir in den kommenden Jahren die größten Investitionen erwarten. In Ergänzung zur Hemus-Autobahn in Nordbulgarien und zur Struma-Autobahn nach Griechenland, die bereits in Bau sind, aber noch nicht fertiggestellt wurden, planen wir wichtige neue Infrastrukturverbindungen mit Griechenland und Rumänien. Dazu gehören der Ausbau des Schienen- und Straßenverkehrs, eine

Erdölpipeline und eine Pipeline für Erdölprodukte, digitale Autobahnen zur Verbindung der Häfen am griechischen Mittelmeer mit den bulgarischen Häfen am Schwarzen Meer und an der Donau und von dort aus nach Rumänien und dann mit möglichen Erweiterungen nach Moldawien, in die Ukraine, und warum nicht auch nach Ungarn und Österreich? Dabei handelt es sich um Großinvestitionen, die in den kommenden Jahren durchgeführt werden sollen und Investitionen in Milliardenhöhe erfordern werden. Deshalb verhandeln und diskutieren wir mit renommierten Institutionen wie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Europäischen Investitionsbank, wie die Projekte vorbereitet werden können. Aber auch für ausländische private Partner und Investoren wird es genügend Möglichkeiten geben, sich zu beteiligen. Im Energiesektor wird der Wandel in unserem „Kohlental“ in der Region Stara Zagora besonders gravierend sein. Sie soll zu einer der am weitesten entwickelten Hightech-Industriezonen auf der Balkanhalbinsel mit einer entwickelten Wasserstoffwirtschaft werden. Stara Zagora hat eine Schlüsselposition – es liegt in der Nähe von zwei Autobahnen, in der Nähe von Griechenland und der Türkei, auf dem Weg von diesen Ländern nach Rumänien. Die Stadt verfügt bereits über eine voll entwickelte Infrastruktur, gut ausgebildetes Personal und ein hochwertiges Universitätssystem. Dank dieser Faktoren und mit den richtigen Projekten und Investitionen können wir diese Region in den kommenden Jahren in ein modernes Hightech-Industriegebiet verwandeln. Für diesen Übergang sind sowohl im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit als auch im Rahmen der Pläne für den gerechten Übergang vorgesehen. Der entscheidende Faktor werden jedoch Investitionen ausländischer Privatunternehmen sein. Ein funktionierendes Beispiel dafür haben wir bereits in der Region um Plovdiv: Dort gibt es ein sehr gut entwickeltes Industriegebiet namens Trakia. Über 300 ausländische Unternehmen sind

dort tätig. Und dieses Beispiel kann nicht nur wiederholt werden, sondern sogar als Möglichkeit in der Region Stara Zagora ausgebaut werden. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um österreichische Investoren einzuladen, sich an diesem Prozess ebenfalls zu beteiligen.

Der Ukrainekrieg hat geopolitische Machtverschiebungen in der Welt beschleunigt. Wie sehen Sie die globale Rolle Europas und wie sollte sich Europa positionieren?

Denkov: Erstens muss Europa in seiner Zuversicht geeint sein, dass es sich aus den ausländischen Bindungen lösen und sich als gleichberechtigter Partner und gegebenenfalls Konkurrent der großen geopolitischen Zentren etablieren kann. Dies erfordert den Aufbau einer Reihe von Strukturen und Institutionen auf gesamteuropäischer Ebene, um wettbewerbsfähig zu sein. Dieser Prozess erfordert Zeit und Ressourcen, ist aber absolut notwendig, wenn wir die Zukunft des Kontinents als würdiger und bevorzugter Ort zum Leben in den kommenden Jahrzehnten sichern wollen. Die neuen Konflikte haben gezeigt, dass Zeit vielleicht das größte Kapital für diesen Wandel ist. Wir müssen uns daher gemeinsam realistische Ziele setzen und diese in den nächsten Jahren erreichen. Das Gespräch über die strategische Entwicklung Europas, das derzeit auf verschiedenen Ebenen, auch auf höchster Ebene, im Europäischen Rat, geführt wird, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Ich bin überzeugt, dass wir dabei die richtigen Ziele und Aufgaben definieren werden, auf die wir uns einigen und bereits im nächsten Jahr mit der Umsetzung dieser Ziele beginnen können.

ZUR PERSON

Nikolaj Denkov von der bulgarischen Partei PP ist seit 6. Juni 2023 Premierminister von Bulgarien. Der promovierte Chemiker war zuvor Bildungsminister.

AKTUELLES IN KÜRZE

Kooperationsmöglichkeiten mit neuer HTL in Moldau

In Chişinău wird 2024 eine österreichische Auslandsschule errichtet. Für Unternehmen ergeben sich chancenreiche Kooperationsmöglichkeiten.

Die von Minister Polaschek vergangenes Jahr im Beisein der IV-Ausschussvorsitzenden Christine Schwarz-Fuchs ausgerichtete Strategie zur Weiterentwicklung der österreichischen Auslandsschulen trägt erste Früchte. Anfang 2024 soll der Spatenstich für eine neue HTL für Elektronik und Technische Informatik in Chişinău, Republik Moldau, stattfinden. Die IV hat sich intensiv dafür eingesetzt, dass sich das BMBWF für die Schulform HTL entschieden hat. So belegt die seit 2007 bestehende HTL in Albanien den großen Nutzen eines solchen Projekts für das jeweilige Land und für den

Wirtschaftsstandort Österreich. IV-Mitgliedsunternehmen stehen Kooperationsmöglichkeiten offen:

- Langfristige finanzielle Unterstützungen, auch als Gründungsmitglied im Rahmen der (moldawischen) Schulstiftung, eröffnen Unternehmen ein Mitspracherecht bei der Benennung der Schule oder einzelner Labore und Werkstätten sowie eine konstante Einbindung z. B. beim kommenden Spatenstich.
- Einmalige Spenden im Rahmen der Erbauung werden auf einer Ehrentafel am Schulgebäude vermerkt, Spenden für Labore, Werkstätten, Schutzkleidung etc. im Gebäude bzw. als Sticker-Logo sichtbar gemacht.

- Das Stiften von nach dem jeweiligen Unternehmen benannten Stipendien und das Bereitstellen von Praktika für Schülerinnen und Schüler und Arbeitsplätzen für Graduierte ermöglicht eine strategische und kontinuierliche Einbindung bei Recruiting-Events.

Aus Sicht der Industrie stellt das HTL-Projekt einen chancenreichen Anknüpfungspunkt für einen Bildungs- und Wirtschaftsstandort der Zukunft dar.

INFORMATION

IV-Ansprechperson: Viktor Fleischer,
viktoria.fleischer@iv.at



Die Wettbewerbsfähigkeit muss jetzt ganz oben auf die Agenda!

Österreich steckt in der stärksten Rezession seit 1951. Neue Steuern und weniger Arbeit für alle sind bestimmt kein Rezept, das uns da wieder heraushilft.




Österreich steckt in einer Rezession und zwar in keiner moderaten oder gar milden. Es handelt sich um die stärkste Schrumpfung der Wirtschaftsleistung seit 1951. Wir sind damit in einer Situation angelangt, vor der die IV bereits seit Monaten warnt. Es wäre also genug Zeit gewesen, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir da wieder rauskommen – etwa mit Strukturreformen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitssystem und Pensionen oder mit deutlichen Anreizen für Investitionen und Leistung. Stattdessen müssen wir uns mit fehlgeleiteten Steuerfantasien herumschlagen und nach wie vor mit der absurden Idee, dass der nächste Aufschwung gelingt, wenn wir alle gesetzlich verordnet weniger (!) arbeiten.

Tatsächlich ist natürlich das Gegenteil notwendig: Wir gehören zu den Ländern mit den höchsten Steuerquoten. Das sorgt auch dafür, dass wir zu den Besten gehören, wenn es um Umverteilung geht. Laut OECD

entfallen durchschnittlich rund 40 Prozent des Median-Haushaltseinkommens in Österreich auf Transferleistungen. Nur in Griechenland, Italien und Finnland wird noch stärker umverteilt. Ein starkes Sozialsystem ist gut, die Zahlen zeigen aber auch, dass eine noch stärkere steuerliche Belastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Unternehmen weder notwendig noch sinnvoll ist. Im Gegenteil, sie würde die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes noch weiter untergraben. Das gleiche gilt für die Idee, eine Arbeitszeitreduktion bei vollem Lohnausgleich gesetzlich zu verankern. Das würde die ohnehin hohen Lohnkosten in Österreich weiter steigern und damit die Produktion im internationalen Vergleich weiter verteuern. Die Arbeitskosten müssen aber im Gegenteil hinunter.

Wer argumentiert, dass es sich dabei ja derzeit nur um „politische Ideen“ handelt, verkennet eines: Oft genügt schon die Aussicht auf eine Verschlechterung der Situation, um Menschen zum Handeln zu bringen. Um

die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ist es jetzt schon nicht gut bestellt, wie internationale Rankings zeigen. Welchen Effekt das hat, sieht man bereits in den Direktinvestitionen, die die Nationalbank ausweist. In den Jahren 2029 bis 2022 lagen die Investitionen heimischer Unternehmen im Ausland auf dem doppelten Niveau der Vergleichsperiode davor. Unternehmen, die international aufgestellt sind, verlagern bereits ihre Investitionen. Das sollte Alarmsignal genug sein, um jetzt dringend Maßnahmen zu setzen, die die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Wir brauchen jetzt Entlastung, Entbürokratisierung und eine kluge Handelspolitik, sonst wird es langfristig möglicherweise auch nicht mehr so viel geben, das wir umverteilen können.

Ihr


Christoph Neumayer,
 IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der „iv-positionen“ der 1. Dezember war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at

GRAFIK DES MONATS

Die digitale Transformation ist Erfolgsfaktor, die Nachhaltigkeitstransformation Zukunftsfaktor – beide bedeuten für Unternehmen massive Veränderungen. Accenture und die Industriellenvereinigung haben in der Studie „Digitale Dividende 2023“ Status quo und Potenziale der Digitalisierungs- und der

Nachhaltigkeitstransformation analysiert: Oft werden die zwei Veränderungsprozesse viel zu wenig gemeinsam gedacht. Die Champions von morgen sind Twin Transformers, die beide Transformationen vorantreiben. Die letzte große Digitalisierungswelle fand während der Pandemie statt,

seither ebbt dieser Boost wieder ab – derzeit haben nur drei Prozent der heimischen Unternehmen einen hohen Digitalisierungsgrad. Die digitale Transformation ist ein konjunkturunabhängiger Erfolgsgarant, denn digitale Champions verzeichnen 23 Prozent mehr Umsatzwachstum.

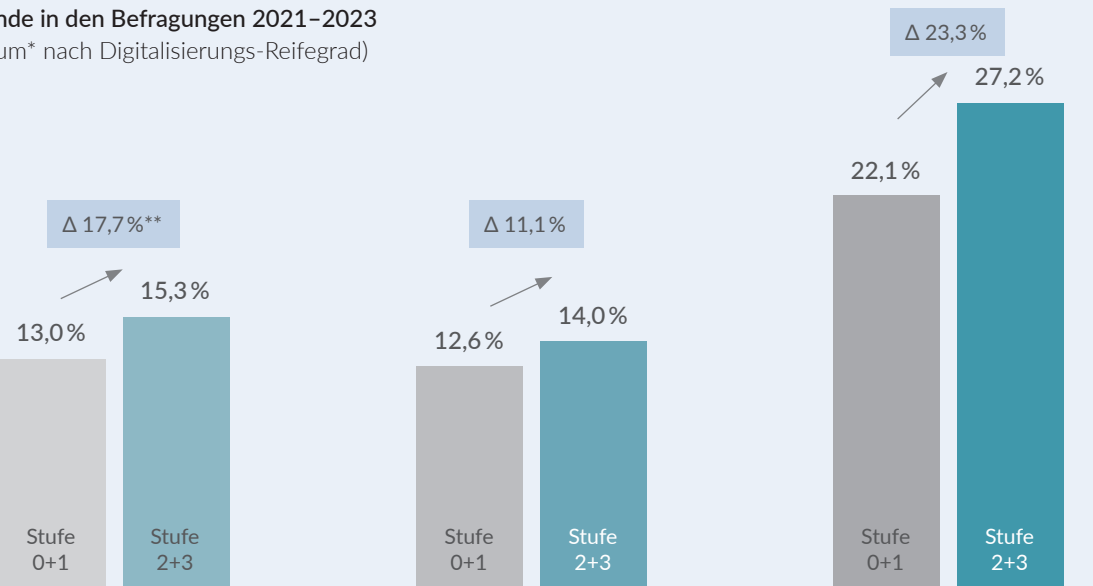
ZAHL DES MONATS

110

Der Entwurf für die neue Mangelberufsliste sieht eine Rekordzahl von 110 bundesweiten und 48 regionalen Berufen vor. Neu dabei sind Green Jobs im Mobilitätssektor. Mangelberufe haben weniger als 1,5 Arbeitsuchende pro offener Stelle. Für diese Berufe gibt es erleichterte Zulassungsvoraussetzungen für den Erhalt der Rot-Weiß-Rot-Karte und damit leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt.

2024 sollen erstmals acht Berufe des öffentlichen Verkehrs wie Zugführer/Schaffner oder Buslenker auf die Liste. Durch die Aufnahme von Klimaschutzberufen auf die Liste soll gefördert werden, dass es in Österreich genügend Fachkräfte für diese große Aufgabe gibt.

Digitale Dividende in den Befragungen 2021–2023
 (Umsatzwachstum* nach Digitalisierungs-Reifegrad)



Quelle: Economica
 *Betrachtungszeitraum: Befragung 2021 und 2022: 2016–2019; Befragung 2023: 2020–2022
 **Differenz in % des Umsatzwachstums Stufe 0+1

Notwendige Maßnahmen gegen hohe Energiepreise

In Österreich braucht es dringend eine zeitliche Ausweitung der Strompreiskompensation und einen beschleunigten Infrastrukturausbau – denn in Europa zeichnet sich ein Subventionswettbewerb ab, der den innereuropäischen Wettbewerbsdruck auf die heimische Industrie weiter erhöht.

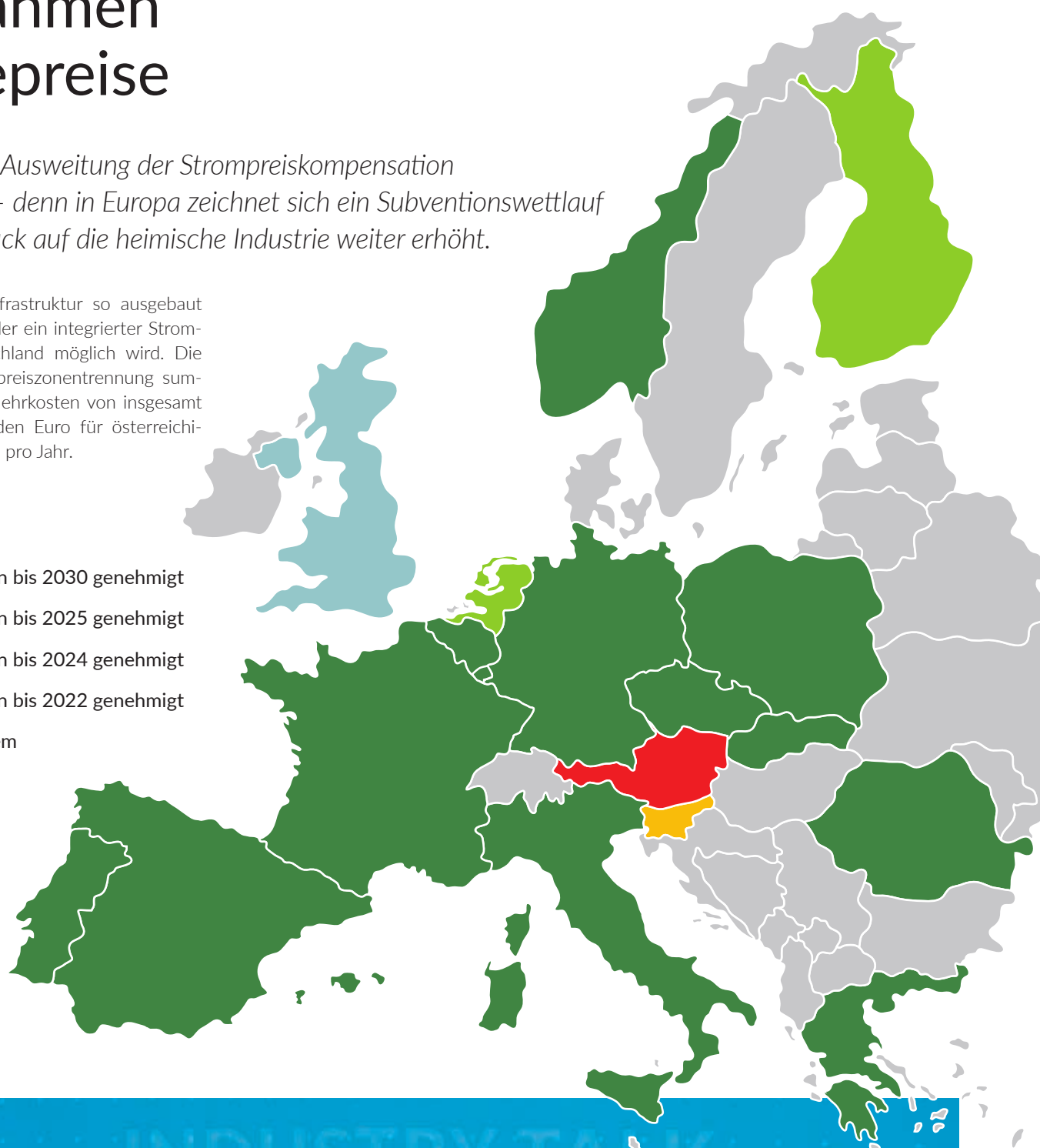
Der Wirtschaftsstandort Europa kämpft nach wie vor mit einem zu hohen Energiepreisniveau. Das bringt besonders energieintensiv produzierende Unternehmen mit hohem Exportanteil am Weltmarkt unter Druck. Trotz des rezenten „Haushaltsurteils“ des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe hält die deutsche Bundesregierung grundsätzlich an substantziellen Kompensationen und Förderungen für die Industrie fest und erhöht damit den innereuropäischen Wettlauf rund um Subventionen im Energiebereich. Österreich und Deutschland verbinden enge wirtschaftliche Beziehungen wie auch ähnliche Exportmärkte, folglich wächst durch das Unterstützungspaket auch der Druck auf die heimischen Unternehmen, vorrangig auf die energieintensive Industrie.

Auch andere europäische Mitgliedsstaaten greifen zunehmend in den Energiemarkt ein; so gab die französische Regierung nun ebenfalls bekannt, dass der französische Kernkraftwerksbetreiber EDF Strom nach dem Willen der Regierung ab 2026 zu einem Durchschnittspreis von 70 Euro pro Megawattstunde vermarkten soll. Der Wert liegt damit deutlich unter dem Börsenpreis von rund 100 Euro für die Grundlast für das Jahr 2026.

Österreich muss nun also dringend handeln, um nicht ins Hintertreffen zu gelangen. Ein Faktor, der für den enormen Anstieg der Strompreise mitverantwortlich ist, sind die stark gestiegenen CO₂-Zertifikatspreise. Die EU hat zum Ausgleich das Modell der Strompreiskompensation (SAG) eingerichtet. Österreich gehört mit Stand Redaktionsschluss dieser Ausgabe (30. November 2023) zu den ganz wenigen Ländern, die die Strompreiskompensation noch nicht bis 2030 verlängert haben – im Gegenteil, in Österreich gilt sie nur rückwirkend bis 2022. Deutschland, Frankreich und Italien sowie zehn weitere Mitgliedsstaaten haben ihre Strompreiskompensation bereits bis 2030 notifizieren lassen – Österreich muss hier bis Jahresende nachziehen. Neben der Ausweitung des SAG braucht es außerdem eine Reduktion der Energieabgaben. Gleichzeitig

muss die Strominfrastruktur so ausgebaut werden, dass wieder ein integrierter Strommarkt mit Deutschland möglich wird. Die Folgen der Strompreiszonenrennung summieren sich auf Mehrkosten von insgesamt etwa zwei Milliarden Euro für österreichische Stromkunden pro Jahr.

- Kompensation bis 2030 genehmigt
- Kompensation bis 2025 genehmigt
- Kompensation bis 2024 genehmigt
- Kompensation bis 2022 genehmigt
- Eigenes System



Peter Koren, IV-Vizegeneralsekretär und IV-Bereichsleiter für Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen, Energie, im „Industry Talk“ über Maßnahmen gegen hohe Energiepreise.

WEBTIPP

Das Video-Interview finden Sie hier:



Wichtige Zukunftsthemen im Budget 2024–2027

Mit dem Budget wurde die Umsetzung des European Chips Acts in Österreich auf den Weg gebracht, das IPCEI Mikroelektronik II aufgestockt und eine ESA-Nachzeichnung umgesetzt.

Im Budget für 2024 und die Folgejahre ist es gelungen, wichtige budgetäre Commitments für strategische Zukunftsbereiche zu setzen. Für 2024–2027 sind zur nationalen Umsetzung des European Chips Acts 90 Mio. Euro für Forschung und Entwicklung sowie 400 Mio. Euro für strategische Investitionsprojekte vorgesehen. Zudem konnte

die Begründung einer Vorbelastung über eine Gesamtsumme von bis zu 2,8 Mrd. Euro bis 2031 für den Investitionsteil des Chips Acts erreicht und letztlich auch gesetzlich verankert werden – ein wesentlicher Schritt für Planungssicherheit in den Unternehmen. Ebenso wird ein für den Ausbau des Stärkefelds Mikroelektronik zentraler Baustein, das IPCEI

Mikroelektronik II, um weitere 50 Mio. Euro aufgestockt, sodass die Projekte nun vollumfänglich umgesetzt werden können.

Ebenfalls gelungen ist eine nochmalige Nachzeichnung der ESA-Wahlprogramme mit zusätzlichen 30 Mio. Euro zur Stärkung der Entwicklung von Zukunftstechnologien aus

Österreich. Weiterhin essenziell bleiben die Transformationsmittel für die Wirtschaft seitens BMAW und BMK, die in den nächsten Jahren ansteigen und möglichst effektiv in Transformationsprojekte umgesetzt werden müssen. Darüber hinaus bleibt in den nächsten Jahren eine konsequente Stärkung der FFG-Basisprogramme erforderlich.

KI und Daten als Wettbewerbsfaktor für den Technologiestandort

Beim IV-Forum „Digitale Transformation 2023“ tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu den Themen künstliche Intelligenz und Regulatorik sowie Manufacturing-X und Daten aus.

IV-Präsident Georg Knill betonte in der Begrüßung zum IV-Forum Digitale Transformation die hohe Bedeutung digitaler Technologien für die heimische Industrie. Um Österreich als Digitalisierungsvorreiter zu etablieren, sind neben einer klaren Strategie und hohem Tempo bei der Umsetzung von Maßnahmen besonders der Ausbau der Technologiekompetenz und die Verfügbarkeit von ausreichend Talenten und Fachkräften am Standort notwendig. Ebenso muss der Zugang zu zukunftsweisenden Schlüsseltechnologien wie KI oder Big Data Analytics gestärkt werden.

Als Einstieg in den Themenblock zu künstlicher Intelligenz gab Rechtsanwalt Norbert Amlacher einen Überblick über den kommenden AI Act der Europäischen Union und dessen Auswirkungen auf die Industrie. In der Podiumsdiskussion war

man sich einig, dass es entscheidend ist, eine innovationsfördernde Regulatorik, z. B. durch die Einrichtung von Sandboxes, zu ermöglichen. Zudem müssen Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft intensiviert, Investitionen in Data- und KI-Expertise gesteigert, Ängste abgebaut sowie eine stärkere Fehlerkultur, wie sie in den USA bereits besteht, gefördert werden.

Der Themenblock zu Daten stand im Zeichen der Initiative Manufacturing-X. Ernst Stöckl-Pukall vom Deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz erläuterte in seiner Keynote, welche Potenziale Datenökosysteme wie Manufacturing-X der Industrie zur Stärkung von Resilienz, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit eröffnen. In der Diskussion wurden anhand von Use Cases die sich bietenden Möglichkeiten aus



der Nutzung von Industriedaten aufgezeigt. Zudem wurde die Wichtigkeit des Upskillings der Mitarbeitenden sowie von

Kooperationen und europäischen Daten-Initiativen aus KMU, Großunternehmen und Verbänden unterstrichen.

Quanten: Neue Chancen durch Zukunftstechnologien

Das „Forum Schlüsseltechnologien: Industrielle Anwendungen von Quantentechnologie“ wurde von der IV in Kooperation mit dem Österreichischen Wissenschaftsfonds FWF und der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) organisiert.

Die Quantentechnologie ist eine der Schlüsseltechnologien der Zukunft und somit eine strategisch wichtige Technologie für Österreich und Europa. Für die kommerzielle Umsetzung ist eine strategische Kooperation von Industrie, Startups und Wissenschaft zentral. Mit der Exzellenzinitiative des Wissenschaftsministeriums sollen Stärkefelder der Grundlagenforschung ausgebaut und international sichtbar gemacht werden.

Die österreichischen Spitzenforscherinnen und -forscher der Quantentechnologie haben daher kürzlich den Exzellenzcluster Quantum Science Austria gegründet. Auf dem Forum Schlüsseltechnologien konnten sich nun Industrieunternehmen mit Startups und Forschenden des Exzellenzclusters für Quantentechnologien sowie

der Förderinitiative Quantum Austria vernetzen und somit die Grundlage für zukünftige Kooperationen schaffen.

Ökosysteme aufbauen

Die Entwicklung in den Quantentechnologien ist hoch dynamisch und eröffnet vielfältige zukünftige Einsatzfelder wie etwa in der Sensorik, Optimierung und Simulation, als Quantencomputer und in der Quantenkryptografie, betonte Elisabeth Engelbrecht Müller-Strauß in ihrer Eröffnung. In Kurzvorträgen wurden zukünftige industrielle Anwendungen und Kooperationen von Forschenden und Industrieunternehmen vorgestellt. Anschließend wurde diskutiert, wie ein österreichisches Ökosystem für Quantentechnologien aus Industrie, Wissenschaft, Investoren und Startups entstehen kann. Weiter wurde besprochen, welche

nationalen Maßnahmen und europäischen Möglichkeiten bestehen, wie etwa durch den Chips Act, und wie der Markthochlauf gelingen kann.

WEBTIPP
 Weitere Informationen finden Sie unter:
www.iv.at
<https://bit.ly/47VGGKu>



TECHNOLOGIETRANSFER STÄRKEN – TECHNOLOGIE VON MORGEN ENTWICKELN

Eine Veranstaltung des ISTA in Kooperation mit der IV widmete sich der Frage, wie Deep-Tech-Innovationen rascher in den Markt übergeleitet werden können.

Die langfristige Kooperation von Wissenschaft und Industrie und die gemeinsame Verfolgung strategischer Ziele bilden die Grundlage für zukünftige Erfolge unseres Wirtschaftsstandorts und die Sicherung der technologischen Souveränität. Daher lag der Fokus der Veranstaltung „bigX 23 ISTA Innovation Exchange“ des Institute of Science and Technology Austria (ISTA) in Kooperation mit der Industriellenvereinigung auf der Stärkung von Technologietransfer und der Entwicklung von Deep-Tech-Innovationen.

Bei der Finanzierung von Spin-offs durch Risikokapital und damit der Kommerzialisierung von Zukunftstechnologie liegt Europa noch immer hinter den USA. Wie eine bessere Finanzierung und somit eine raschere Überleitung von Innovationen in den Markt funktionieren kann, diskutierten Tom Miller (Greybird Ventures), Regina Hodits (Wellington Partners), Hubert Cottogni (EIB Group Office, Austria) und Svetoslav Stefanov (European Investment Bank).

RAUS AUS DER REZESSION!

Die Industrie steht in Österreich vor großen Herausforderungen. Jetzt braucht es eine kluge Wirtschaftspolitik für den nächsten Aufschwung.

Österreich befindet sich in einer Rezession und die Industrie ist besonders betroffen. Moderat, wie oft behauptet, sei dieser Einbruch der Wirtschaftsleistung keineswegs, betont IV-Chefökonom Christian Helmenstein: „Wenn wir Großkrisen wie Post-Lehman und Covid ausklammern, stellen wir fest, dass wir die stärkste Rezession seit 1951 haben. Wir erwarten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene eine Schrumpfung von minus 0,7 bis minus ein Prozent und einen realen Rückgang der Industriewertschöpfung von minus drei bis minus vier Prozent.“ Damit sei die Rezession auch stärker als in Deutschland, wo für heuer eine Schrumpfung von minus 0,6 Prozent erwartet wird.

Eine leichte Erholung erwartet Helmenstein erst für das zweite Quartal 2024. Nachsatz: „Wenn es gut läuft!“ Das bedeutet, dass es neben notwendigen Unterstützungsmaßnahmen, wie etwa im Energiebereich, Strukturreformen braucht. Besonders lähmend ist die zunehmende Bürokratielawine durch eine wachsende Zahl an regulatorischen Auflagen und Berichtspflichten, die sich durch die Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinie weiter verschärfen wird. „Statt sich einer Entbürokratisierung zu widmen, Leistungsanreize zu setzen und die viel zu hohe Steuerlast zu senken, hören wir aus bestimmten politischen Lagern lediglich realitätsferne Fantasien zu neuen Steuern und Ideen zu einer gesetzlich verankerten Arbeitszeitreduktion, die eine Rezession in Österreich zusätzlich befeuern würden“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Eine Wirtschaftspolitik, die aus der potenziellen Entspannung der wirtschaftlichen Lage im zweiten Quartal schnellstmöglich einen Aufschwung generieren will, muss Strukturreformen angehen, um wieder ein gutes Umfeld für Investitionen zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten österreichischen Industrie am Weltmarkt zu stärken.

DEUTSCHER „INDUSTRIESTROMPREIS“ MACHT DRUCK

Bei den Energiepreisen ist es zwar zu einer gewissen Beruhigung gekommen, aber nach wie vor sind sie zu hoch und liegen beispielsweise bei einem Vielfachen des Niveaus der USA. Erschwerend hinzu kommt ein innereuropäischer Wettlauf der Subventionen im Energiebereich – zuletzt befeuert durch die Ankündigung neuer Unterstützungsmaßnahmen in Deutschland und Eingriffe in den Energiemarkt in Frankreich. Dadurch wächst der Druck auf österreichische Industriebetriebe, denen weitere Wettbewerbsnachteile drohen. Die Industriellenvereinigung mahnt dringend die Umsetzung von konkreten Maßnahmen wie der Ausweitung der Strompreiskompensation (SAG) ein, die zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe nach wie vor der Umsetzung harret (siehe dazu Artikel auf Seite 4).

NACH LOHNABSCHLÜSSEN FAKTORARBEITWEITER ENTLASTEN

Mit 43,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt Österreich EU-weit auf Platz vier bei der Steuer- und Abgabenquote. Das bedeutet eine zusätzliche Last für die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen. Die IV setzt sich daher für einen Entlastungspfad bis 2030 ein, mit dem Ziel, die Abgabenquote auf 40 Prozent zu senken. „So wie es für die CO₂-Reduktion einen konkreten Pfad mit gesetzlichen Zielwerten gibt, sollte es ein vergleichbares Modell für die Entlastung bei Steuern und Abgaben geben“, sagt Neumayer. Die Absenkung könnte stufenweise erfolgen – bis 2026 auf 42 Prozent, bis 2028 auf 41 Prozent und bis 2030 müsste der Zielwert von 40 Prozent erreicht werden. Die jährlich erforderliche Einsparung beträgt aufgrund des Selbstfinanzierungseffekts 1,57 Milliarden Euro, wobei bisherige langfristige Maßnahmen wie die Abschaffung der kalten Progression bereits in das Entlastungsvolumen einfließen und die Zielerreichung erleichtern.

JÄNNER

World Economic Forum

FEBRUAR

Münchner Sicherheitskonferenz

JUNI

EU-Wahl

JULI

Salzburg Summit

SEPTEMBER

Nationalratswahl

MEHR ARBEIT BRAUCHT LEISTUNGSANREIZE

Die Arbeitslosigkeit ist zuletzt zwar wieder leicht angestiegen, befindet sich allerdings nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau. Gleichzeitig gibt es immer noch viele offene Stellen in Österreich. Die Arbeitslosenquote ist im November auf knapp über fünf Prozent leicht gestiegen, während rund 95.000 Stellen offen waren. „Die Zahl der Beschäftigten liegt noch immer auf hohem Niveau, allerdings nimmt das Arbeitsvolumen je Beschäftigungsverhältnis tendenziell ab, was den Arbeits- und Wirtschaftsstandort Österreich schwächt und den Bedarf an Personal erhöht. Wir müssen alles daransetzen, das Arbeitsvolumen insgesamt wieder zu erhöhen. Es braucht gezielte Leistungsanreize, um Menschen zur Mehrarbeit zu motivieren“, betont Neumayer. Laut Statistik Austria lag die Teilzeitquote der Frauen im zweiten Quartal 2023 bei 50,6 Prozent und jene der Männer bei 13,4 Prozent. „Wenn mehr als die Hälfte der beschäftigten Frauen in Österreich in Teilzeit arbeiten und auch der Trend bei den Männern steigend ist, müssen wir handeln. Es müssen Anreize gesetzt werden, dass Menschen wieder bereit sind, mehr zu arbeiten – und das muss sich auch entsprechend für sie lohnen“, fordert Neumayer angesichts dieser Entwicklung.

Ein erstes Maßnahmenpaket der Regierung bleibt hinter den Erwartungen: Die vorgestellten Maßnahmen im Pensionsbereich – wie die Anhebung des Zuschlags von 4,2 Prozent auf 5,1 Prozent sowie die Streichung des Dienstnehmeranteils der Pensionsversicherungsbeiträge für arbeitende Pensionisten – sind grundsätzlich positiv. Sie sind allerdings zu wenig Anreiz, um das Ziel zu erreichen, Arbeit über das Pensionsalter hinaus attraktiv zu machen. Darüber hinaus steht die IV der Einführung neuer Strafsanktionen für Betriebe ablehnend gegenüber. Viel eher muss die hohe Teilzeitquote strukturell angepackt werden und es müssen echte Anreize für Mehrarbeit gesetzt werden.

HANDELSABKOMMEN

Österreichs Wohlstand basiert zu einem großen Teil auf dem Export – jeder vierte Steuer-Euro geht auf den Handel mit Unternehmen im Ausland zurück. Eine deutliche Stärkung internationaler Handelsbeziehungen hat in der Vergangenheit in Österreich immer zu einem signifikanten Wirtschaftsaufschwung geführt – sei es durch den EU-Beitritt oder die Ost-Öffnung. Insofern ist der kürzlich erfolgte Abschluss des Handelsabkommens der EU mit Neuseeland eine sehr gute Nachricht für Österreich. Heimische Betriebe haben in Neuseeland rund 424 Millionen Euro investiert und sind mit rund 30 Niederlassungen vor Ort präsent. Angesichts des derzeitigen Umfelds wäre nun der richtige Moment, auch das Abkommen der EU mit der Mercosur-Region zu einem Abschluss zu bringen, bei dem Österreich derzeit auf der Bremse steht. „Mercosur ist als siebentgrößte Volkswirtschaft der Welt ein wichtiger Wirtschaftspartner und Markt für die österreichische Industrie“, so Neumayer. Mehr als 1400 österreichische Unternehmen sind hier aktiv, die Warenexporte beliefen sich 2018 auf knapp eine Milliarde Euro. Zudem ist die EU der zweitbedeutendste Handelspartner für Mercosur und wichtigster Investor vor Ort.

Mit diesen Maßnahmen in den Bereichen Energie, Steuern und Abgaben sowie den notwendigen Leistungsanreizen und neuen internationalen Partnerschaften kann ein guter Rahmen geschaffen werden, der es der Industrie in Österreich ermöglicht, sicher aus der Rezession zu navigieren und wieder auf einen Wachstumspfad zu finden.

GEMEINSAM ERREICHT

Der Industriestandort Österreich ist enorm unter Druck und es sind dringend Maßnahmen notwendig, um den nächsten Aufschwung zu ermöglichen. Viele wichtige Schritte, für die sich die Industriellenvereinigung nachdrücklich eingesetzt hat, sind aber auch bereits gelungen.

- ✓ Transformationsoffensive
- ✓ Kostenabfederung für Netzverlustkosten und Absenkung Energieabgaben
- ✓ Verlängerung virtuelle Hauptversammlung
- ✓ Strompreiskompensation für 2022
- ✓ Energiekostenzuschuss
- ✓ UVP-G-Novelle
- ✓ Schutz von Geschäftsgeheimnissen (Industriespionage)
- ✓ Senkung der Lohnnebenkosten
- ✓ Finanzierung Fonds Zukunft Österreich
- ✓ Sicherstellung Energieeffizienzgesetz
- ✓ Nationale Finanzierung Chips Act
- ✓ Erweiterte Spendenbegünstigung
- ✓ Abschaffung kalte Progression
- ✓ Ausweitung Steuerbegünstigung Überstunden und SEG-Zulage
- ✓ Erhöhung Zuschuss Kinderbetreuung und Betriebskindergarten

NOVEMBER

Landtagswahlen
Steiermark

US-Wahl

OKTOBER

Landtagswahlen
Vorarlberg



IV-Diversitätspreis SPEKTRUM erstmals vergeben

Die neue Auszeichnung ging an Unternehmen mit besonders offener und diversitätsfördernder Unternehmenskultur. Vergeben wurde der Preis in vier Kategorien.

Diversität ist ein wichtiger Faktor für den Unternehmenserfolg: „Unternehmen, die Vielfalt in all ihren Facetten fördern, sind nicht nur sozial verantwortlich, sondern auch wirtschaftlich erfolgreicher. Die verschiedenen Perspektiven, Erfahrungen und Fähigkeiten, die diverse Teams mitbringen, sind entscheidend für Innovation, Kreativität und letztendlich für den Unternehmenserfolg“, so IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende der Infineon Technologies Austria AG, die den Diversitätspreis SPEKTRUM gemeinsam mit Axel Kühner, Vorsitzender des IV-Ausschusses für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und Vorstandsvorsitzender der Greiner AG, initiierte. Mit dem Preis werden Industrieunternehmen für eine offene und diversitätsfördernde Unternehmenskultur ausgezeichnet. Mit ihrem Engagement schaffen sie Rahmenbedingungen für Innovationskraft und setzen Maßnahmen, die Potenziale heben und damit dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Die beiden Initiatoren betonten im Zuge der Veranstaltung nicht nur die Verantwortung, die Unternehmen in Bezug auf die Förderung von Diversität haben, sondern auch

den Wettbewerbsvorteil diverser Teams. „Der IV-Diversitätspreis SPEKTRUM soll nicht nur würdigen, was Unternehmen bereits erreicht und umgesetzt haben, sondern auch als Inspiration für andere Unternehmen dienen, ihre Anstrengungen zur Förderung von Vielfalt zu verstärken“, so Kühner.

Die prämierten Unternehmen haben sich durch besonders innovative Ansätze und erfolgreiche Programme zur Förderung von Diversität in den Bereichen Alter, Geschlecht, Inklusion von Menschen mit

Beeinträchtigung und Ethnische Zugehörigkeit ausgezeichnet. Die vier Gewinner konnten die Expertenjury – bestehend aus Elisa Aichinger, Marietta Babos, Gregor Demblin, Alexander Loidl, Anna Steiger und Hannah Lux – mit ihren Maßnahmen zur Förderung von Diversität im Unternehmen überzeugen.

Die Industriellenvereinigung gratuliert den Preisträgern des IV-Diversitätspreises SPEKTRUM und bedankt sich für die Unterstützung der Förderung von Diversität in der Arbeitswelt!



Die Post wurde in der Kategorie Inklusion ausgezeichnet – im Bild mit Jurymitglied Gregor Demblin.

Das sind die Gewinner

- Die Flextronics International GmbH in der Kategorie Altersdiversität.
- Das Austrian Institute of Technology in der Kategorie Geschlechterdiversität.
- Die Österreichische Post in der Kategorie Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigung.
- Die Collini GmbH in der Kategorie Ethnische Zugehörigkeit.



Die erste Verleihung des IV-Diversitätspreises fand im November in Wien statt.



Das Team der Österreichischen Post mit Herlitschka (2. v.l.) und Kühner (r.).



Flextronics aus Althofen wurde bezüglich Altersdiversität ausgezeichnet.



Auch das AIT gehört zu den ersten SPEKTRUM-Preisträgern.



Diversität wird auch beim Preisträger Collini GmbH großgeschrieben.

Skills-Mobilitätspartnerschaften: Dem Fachkräftemangel langfristig begegnen

Skills-Mobilitätspartnerschaften bieten ein Modell für qualifizierte Zuwanderung, das Vorteile für alle Beteiligten ins Zentrum rückt.

Wirkungsvoll kann dem Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel nur umfassend und strategisch begegnet werden: durch ein abgestimmtes Vorgehen zugunsten einer zielgerichteten Aus- und Weiterbildung, einer erhöhten Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren und qualifizierter Zuwanderung. Kurzfristig wirksame Maßnahmen, wie sie die IV mit ihrem Paket „Leistung muss sich wieder lohnen“ initiiert hat, sind gleichermaßen notwendig wie langfristige Initiativen. Um die Zuwanderung von passend

qualifizierten Personen auszubauen, wurden mit der Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte im vergangenen Jahr jene Bedingungen geschaffen, die es nun strategisch umzusetzen gilt. Darüber hinaus braucht es Modelle der Migration, die sowohl den österreichischen Unternehmen als auch den zuwandernden Fachkräften tragfähige und nachhaltige Optionen eröffnen. Unternehmen benötigen verlässliche Arbeitskräfte auf einem abgesicherten Kompetenzniveau und die Zugewanderten brauchen erstrebenswerte Perspektiven für alle Lebensaspekte wie Arbeit, Familie und Sozialleben.

Skills-Mobilitätspartnerschaften (SMPs) stellen ein solches partnerschaftliches Modell dar, das auf Vorteile für Herkunfts- und Zielländer bzw. für Unternehmen und zugewanderte Arbeitskräfte abzielt. Die Skills-Entwicklung durch Aus- und Weiterbildung ist zentral, z. B. mittels individuell entwickelter Ausbildungs- und Trainingsprogramme. Neben der bedarfsgerechten Rekrutierung von Fachkräften als klares Asset für österreichische Unternehmen bieten SMPs den Zuwandernden ein sicheres Migrationsumfeld und ihren Herkunftsländern ein gewisses Maß an Kompetenz- und Finanztransfer durch die migrierten Fachkräfte.

sonders wichtig, dass die Entwicklung von SMPs für Österreich ihre Fortsetzung in Pilotprojekten einzelner Branchen und Herkunftsländer findet. Die IV steht dafür gerne mit Expertise zur Verfügung.



INFORMATION

IV-Ansprechperson: Viktor Fleischer, viktor.fleischer@iv.at.



Vollkasko-Mentalität und Teilzeit-Bestrebungen

Ein kurzes Wort über die Ambivalenz unserer Gesellschaft.

Die Rufe nach Arbeitszeitreduktion werden lauter, die Forderungen der Gesellschaft an den Wohlfahrtsstaat nehmen zu. Wir wollen Teilzeit arbeiten, aber Vollzeit beziehen – „Teilzeit-Familienbeihilfe“ klinge als Beispiel für die meisten wohl unattraktiv. Zudem wollen wir so früh wie möglich in Pension gehen; bei vollen Bezügen inklusive automatischer Inflationsanpassung am besten, das versteht sich mittlerweile von selbst.

Oft wird vermittelt, der Leistungsdruck steige stetig und die Arbeit werde immer mehr. Faktisch sinkt die Arbeitszeit aber seit 1950. Von ca. 2100 Wochenstunden pro Erwerbstätigem pro Jahr sind wir mittlerweile bei knapp 1600. Ebenso auffallend ist, dass wir seit 1995 keinen Anstieg bei den Vollzeitbeschäftigten sehen, obwohl wir in den letzten 20 Jahren ein starkes Bevölkerungswachstum erlebt haben. Das bedeutet, der Beschäftigungszuwachs in Österreich hat sich rein im Rahmen der Teilzeit abgespielt; was zum Teil auch nachvollziehbar ist, denn Halbtagsbeschäftigung ist aus steuerlicher Sicht hierzulande durchaus spannend, Vollzeittätigkeit wird vom Staat nicht incentiviert. Generell gilt: Wer mehr leistet, wird im derzeitigen System noch mehr vom Fiskus zur Kasse gebeten. Da muss man sich dann auch nicht wundern, dass mittlerweile über die Hälfte von Österreichs Frauen in Teilzeit tätig sind; von Kinderbetreuungspflichten einmal abgesehen, das ist ein anderes Thema.

Übrig bleibt – wenn wir alle tendenziell weniger arbeiten, jedoch mehr Leute werden, die immer mehr Geld fordern – die Frage: Wer soll das am Ende alles bezahlen? Wir hinterlassen der nächsten Generation einen Schuldenberg. Dabei wollten wir doch einmal Generationengerechtigkeit ...

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Junge Industrie diskutiert Zukunftsperspektiven bei Bundestagung in Linz

Ein vielseitiges Programm erwartete die Mitglieder der JI Anfang Oktober in Oberösterreich.

Mehr als 170 Teilnehmer aus ganz Österreich begrüßte Heinrich Schaller, Generaldirektor der Raiffeisenlandesbank OÖ, im Raiffeisen Forum Linz, wo anschließend die diesjährige Bundestagung durch Maximilian Priglinger, JI-Oberösterreich-Vorsitzender, feierlich eröffnet wurde. Mit der anschließenden Podiumsdiskussion begann ein Meinungsaustausch zu den großen Herausforderungen des Industriestandorts Österreich, der mitsamt Lösungsansätzen das gesamte Wochenende begleiten durfte.

An Tag zwei konnten die Teilnehmer bei diversen Betriebsbesichtigungen wertvolle Einblicke gewinnen. Besichtigt wurde etwa die Tabakfabrik Linz mit eigener Innovationswerkstatt, die nicht nur dank ihres vielfältigen Angebots an modernen Geräten und Maschinen als Vorbild der oberösterreichischen Kreativwirtschaft gilt. Es folgte ein Rundgang durch die Linzer Brauerei in der Tabakfabrik sowie ein Expertenaustausch mit Hausherr Hans Böhm, Vorstandsvorsitzender der Brau Union Österreich AG. Am Nachmittag ging es für die JI-Mitglieder dann zu den oberösterreichischen Traditionsunternehmen Rosenbauer International AG, Wacker Neuson Linz GmbH und voestalpine AG.

Das Abendprogramm wurde von Julia Aichhorn eröffnet, die sich in einer kurzen Rede dafür einsetzte, „dass Österreich ein Standort bleibt, der uns allen eine schöne Zukunft bietet, für die Menschen und die Unternehmen“. Mit diesen Worten konnte die JI-Bundesvorsitzende den Dialog für den Abend inspirieren und einen feierlichen Ausklang für den zweiten Tag der Bundestagung finden. Besonderer Dank gilt den Sponsoren und dem Vorstandsteam der JI-Oberösterreich!



Die Diskussionen rund um den Standort begleiteten die JI-Mitglieder das ganze Wochenende.



170 JI-Mitglieder besuchten die oberösterreichische Landeshauptstadt anlässlich der Bundestagung.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Händl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten, IV-NÖ/Christian Holzinger, IV-OÖ/Silvia Reitmaier, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark, IV-Tirol/ Daniel Schreier, vbw, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Jürg Christandl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Ja zu Leistung und Nein zu 32 Stunden

Die Einstellung der Menschen zur Arbeit ist entscheidend für den Erfolg Österreichs. Eine aktuelle Spectra-Umfrage zeigt ein pessimistisches Bild zur zukünftigen Wohlstandsentwicklung; Ausbildung, Leistung, Forschung und Reformen sind die Antworten, die die Politik aus Sicht der oberösterreichischen Bevölkerung geben sollte. Eine 32-Stunden-Woche wird klar abgelehnt.

Die Industriellenvereinigung Oberösterreich beauftragte Spectra Marktforschung mit einer Umfrage in der oberösterreichischen Bevölkerung zu den Themen Wohlstand und Einstellung zur Arbeit. Die Erhebung richtete sich an 805 Personen, repräsentativ für die oberösterreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, und wurde im Herbst dieses Jahres durchgeführt. Die Studie orientiert sich an den Erkenntnissen von Nobelpreisträger Edmund Phelps zum Zusammenhang der Einstellung der Menschen zur Arbeit in Relation zur Innovations- und Produktivitätskraft eines Landes. „Vor diesem Hintergrund wurde eruiert, wie die Bevölkerung den Wohlstand unseres Landes derzeit einschätzt, welche Erfolgsfaktoren für sie dahinterstecken und welche Schlüsse die Menschen in Oberösterreich daraus für eine positive Zukunftsentwicklung ziehen“, erklärt der Geschäftsführer der IV-OÖ, Dr. Joachim Haindl-Grutsch.

Österreich – Land des Wohlstands

Im Zusammenhang mit der Wohlstandsfrage tritt ein erstaunlicher Befund zutage: Fast drei Viertel der Bevölkerung (71%) wissen, dass Österreich in den letzten 30 Jahren zu einem der wohlhabendsten Staaten der Welt geworden ist. Dieses Wissen zieht sich mehr oder weniger gleichermaßen durch alle demografischen, Bildungs- und Einkommenssegmente. Erkundigt man sich nach den Gründen, warum sich Österreich so erfolgreich entwickelt hat, dann werden vor allem die beiden folgenden Aspekte angeführt: 69% der Befragten gaben an, dass diese Entwicklung durch den Fleiß und die hohe Leistungsbereitschaft der Menschen möglich war, 65% der Befragten sagten, die Möglichkeit, dass sich Menschen etwas aufbauen konnten, sei entscheidend gewesen. Ebenfalls deutlich betont werden Faktoren wie die Forschungs- und Innovationskraft von Unternehmen (57%), die Exporterfolge der Unternehmen im globalen Wettbewerb (55%) oder die gute Ausbildung der Menschen (53%).

Warum befürchten die Oberösterreicher den Abstieg?

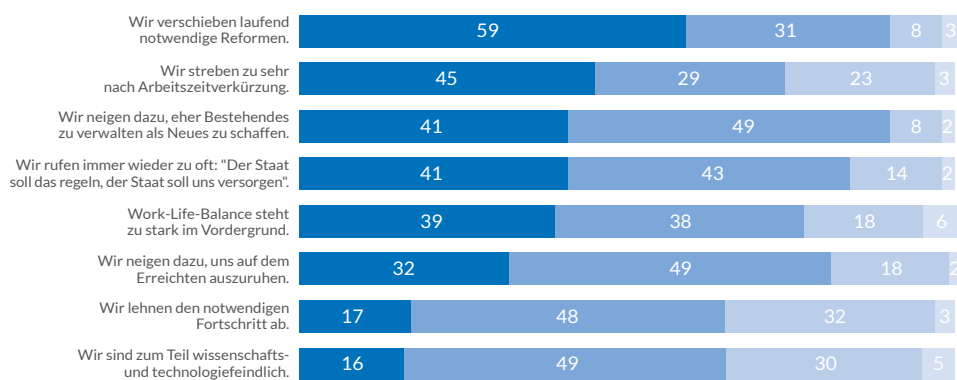
Aufschlussreich sind die Vorstellungen im Hinblick darauf, welche Faktoren sich im Vergleich zu den früheren Jahren geändert haben. Die Antworten zeigen ein klares Bild, welches sich für Reformen und gegen Arbeitszeitverkürzung und den „Nanny-Staat“ ausspricht. Eine signifikante Mehrheit von 59% gibt an, dass notwendige Reformen kontinuierlich verschoben werden. Ein weiterer Punkt, der mit 45% Zustimmung hervorgehoben wird, ist das übermäßige Streben nach Arbeitszeitverkürzung. Ebenfalls von Bedeutung ist die Tatsache, dass 41% der Befragten wiederholt den Ruf nach staatlicher Regulierung und Versorgung vernehmen.

Wie bleibt Österreich auf Erfolgskurs?

In Anbetracht der ökonomischen Umbrüche, die weltweit passieren, ging die Erhebung auch auf die Frage ein, welche Maßnahmen aus Sicht der Bevölkerung gesetzt werden sollten, um Österreich weiterhin auf Erfolgskurs zu halten. Die Befragung zeigt klare Prioritäten und Erwartungen der Bevölkerung hin-

Hier sehen Sie nun einige Gründe, was sich möglicherweise bei uns geändert hat.

Geben Sie bitte an, welche Dinge bei uns in Österreich derzeit im Vordergrund stehen.



sichtlich gesellschaftlicher Veränderungen. An erster Stelle steht mit einer überwältigenden Zustimmung von 78% der Wunsch nach einer Verbesserung der Ausbildung der Menschen. Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Forde-

ree, den Staat stärker in die Wirtschaft eingreifen zu lassen, nur bei 12% der Befragten eine hohe Zustimmung. Schließlich zeigt die geringe Zustimmung (nur 6%) für die Option, nichts zu verändern und den aktuellen Status quo beizubehalten, dass die Bevölkerung Veränderungen und Fortschritt befürwortet.

Klare Ablehnung der 32-Stunden-Woche

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen, die gesetzt werden sollten, um Österreich weiterhin auf Erfolgskurs zu halten, interessierte im Besonderen das Thema 32-Stunden-Woche: Die Mehrheit der Oberösterreicher erteilt dem Babler-Vorschlag, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 32 Stunden zu kürzen, eine klare Absage. 61% sind der Ansicht, dass dieser Schritt eine Gefahr für den Erhalt unseres Wohlstands darstellt, nur 29% gehen davon aus, dass sich Österreich diese Entscheidung leisten kann. Die aktuelle Umfrage bringt dafür wertvolle Erkenntnisse – der Wohlstand in Österreich wird als sehr hoch eingeschätzt. Gerade Oberösterreich konnte sich in den letzten 25 Jahren wirtschaftlich außergewöhnlich positiv entwickeln und den Wohlstand enorm steigern. Zusätzlich wirkt das soziale Netz für jene, die es benötigen (und weit darüber hinaus).

Wohlstand erhalten durch Ausbildung, Leistung, Forschung und Reformen

Gleichzeitig haben die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher ein sehr klares Bild davon, dass die Erfolgsfaktoren für die Wohlstandsschaffung in der Vergangenheit – Fleiß, Leistungsbereitschaft, Innovation oder Bildung – heute nicht mehr in gleichem Maße bestehen. Vor allem der Reformunwille, der

Wie denken Sie über die Verkürzung der Arbeitszeit?

Können wir es uns leisten, in den nächsten Jahren nur mehr 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich zu arbeiten oder stellt das eine Gefahr für den Erhalt unseres Wohlstandes dar?

Ja, können es uns leisten

29

Nein, stellt eine Gefahr dar

61

Kann nicht sagen

10

Wunsch, immer weniger zu arbeiten, und ein alle versorgender „Nanny-Staat“ werden als Gründe genannt, warum der Abstieg befürchtet wird. Eine Mehrheit geht daher davon aus, dass unser Wohlstand sinken wird, während er in China und Indien deutlich zunehmen wird. Der viel diskutierten 32-Stunden-Woche wird eine klare Absage erteilt: „Viel stärker sollte man darauf setzen, die vorhandene Freude an der Arbeit mit Anreizen weiter zu stärken, damit sich Leistung stärker lohnt.“ IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch erklärt abschließend: „Die Bevölkerung hat eine sehr realistische Einschätzung, wie unser Land in eine erfolgreiche Zukunft gehen kann. Die Antworten, die die Politik geben sollte, sind aus Sicht der Bevölkerung klar: Ausbildung, Leistung, Forschung und Reformen sind die Schlagworte dazu, die von der Bevölkerung mehrheitlich gutgeheißen werden.“

„Die Einstellung der Menschen zur Arbeit ist entscheidend dafür, ob der Standort Österreich auch in Zukunft durch Innovation und hohe Produktivität weltweit erfolgreich ist und damit der Wohlstand der Bevölkerung erhalten und ausgebaut werden kann.“

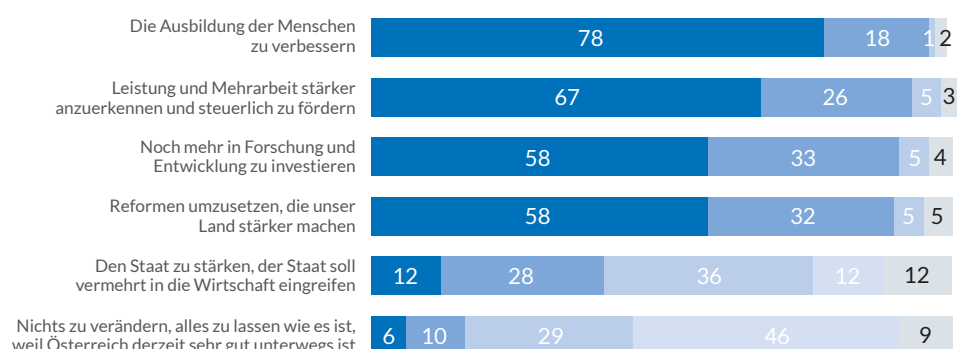
Joachim Haindl-Grutsch,
IV-OÖ-Geschäftsführer

„Die Menschen spüren sehr klar, dass eine Arbeitszeitverkürzung eine Sackgasse ist, die die Österreicher massiv Wohlstand kosten würde.“

Joachim Haindl-Grutsch,
IV-OÖ-Geschäftsführer

Was sollte Österreich Ihrer Meinung nach tun, um auch in Zukunft weltweit erfolgreich zu bleiben?

Geben Sie bitte an, ob die folgenden Maßnahmen sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder gar nicht wichtig sind.





Die enormen Kosten der Energiewende

Im Rahmen des Energieforums von Oberbank und IV-OÖ am 15. November zeigt Andreas Schell, Vorstandsvorsitzender der Energie Baden-Württemberg, und Michael Strugl, Vorstandsvorsitzender der Verbund AG, auf, dass der Weg der Energiewende noch lange und steinig ist und massive Investitionen benötigt.

Die Energiekosten in Europa setzen dem Industriestandort Oberösterreich ganz besonders stark zu und belasten die energieintensiven heimischen Betriebe. Der resultierende Wettbewerbsnachteil führte zu einem Rückgang der Produktion um 4%. Hinzu kämen die hohen Arbeits- und Lohnstückkosten; es sei entscheidend, dass eine langfristige Lösung für die Sicherheit der Energieversorgung mit grüner Energie gewährleistet wird. Es bedarf einer Krisenintervention, nicht der Krisensubvention, so Franz Gasselsberger, Generaldirektor der Oberbank.



Franz Gasselsberger, Generaldirektor der Oberbank.

Herausforderungen und Investitionen auf dem Weg zu Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit

Seit Beginn des Ukraine-Kriegs werden Fragen zu Dekarbonisierung, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit besonders intensiv diskutiert. 2022 wurden an 273 Tagen Redispatch-Maßnahmen ergriffen, um Überlastungen der Stromnetze zu verhindern. Der Energiebedarf in Österreich über alle Energieträger lag 2022 bei 294 TWh; er wird zu 35% aus Öl, zu 22% aus elektrischer Energie und zu jeweils 17% aus Gas und Bioenergie abgedeckt. Die Bruttostromerzeugung erfolgte zu 38% aus Laufkraftwerken, zu 19% aus Speicherkraftwerken und zu 16% aus Erdgas. Aus Wind- und Sonnenenergie wurden 16% des Stroms erzeugt. Die Industrie alleine benötigt 43% des erzeugten Stroms und 40,7% an Gas, 32% der Gasmenge benötigen Gaskraftwerke in Österreich. Die Dekarbonisierung der Stromversorgung erfordere in unserem Land 70 TWh an Grünstrom, die bis 2030 auf 100 TWh gesteigert werden müssen. Um die Stromerzeugung zu verdoppeln, muss die installierte Leistung verdreifacht werden, da Windräder und Photovoltaikanlagen im Vergleich zu fossilen Kraftwerken deutlich weniger Stunden pro Jahr Strom produzieren.

Zusätzlich seien Gaskraftwerke als Back-up notwendig, und über das Jahr müssen 12%, im Winter sogar 20% Strom importiert werden, um den Bedarf zu decken. Der Ausbau von Netzen und Speichern sei daher dringend erforderlich. Die Herausforderungen dabei sind lange Verfahren, begrenzte Flächen und Konflikte anstelle von Kooperation zwischen Ländern, Bund und Gemeinden. Der Verbund investiert 1,7 Mrd. Euro ins Netz, 1,2 Mrd. Euro in Wasserkraft und 1,1 Mrd. Euro in neue erneuerbare Energiequellen.

Gesamtkonzept wird benötigt

Die Experten waren sich einig, dass permanente Marktinterventionen vermieden werden sollten. Die Transformation hänge nicht hauptsächlich von der Strompreisfrage ab, sondern erfordere ein Gesamtkonzept für die Standort- und Industriepolitik. Es wurde betont, dass die Gesamtkosten der Energiewende in Österreich von 60 Mrd. Euro letztendlich vom Verbraucher und nicht vom Staat zu tragen seien. Bedauerlicherweise habe Österreich beim Wasserstoff bisher nur ein Strategiepapier ohne konkrete Umsetzungsschritte und Finanzierungszusagen vorgelegt, während Deutschland weiter fortgeschritten sei.

Am Kipppunkt!

Hoher Metaller-KV-Abschluss bringt mehr Flexibilität und Planungssicherheit, bedeutet aber einen enormen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit für die Betriebe und macht Lohnnebenkostensenkung dringend erforderlich.

Nach zähen Verhandlungen in diesem Jahr ist es nun zu einer Grundsatzvereinbarung im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen des Fachverbands Metalltechnische Industrie gekommen. Die Verhandlungsführung in diesem Jahr war angesichts der wirtschaftlichen Lage (die Industrie befindet sich in einer Rezession) besonders herausfordernd, auch Rhetorik und Maßnahmen der Arbeitnehmervertreter in den Verhandlungen wie auch auf den Straßen waren teilweise unverständlich. Positiv ist, dass auch die Arbeitnehmerseite am Ende mitgetragen hat, dass die Industrie enorme Herausforderungen zu bewältigen hat und unsere Konkurrenzfähigkeit auf globalen Märkten massiv unter Druck kommt. Ein großer Dank gilt dem Verhandlerteam der Arbeitgeber, die sich mit Einsatz und Engagement für die Gestaltung der notwendigen Rahmenbedingungen in Österreich einsetzen. Der Abschluss ist hoch und tut den Betrieben weh – die Folgen für den Standort Österreich werden 2024 massiv sein. Restrukturierungen, Verlagerungen und Freisetzungen werden die unvermeidliche Folge sein. Positiv ist, dass mehr Flexibilität und Planbarkeit möglich werden.

Völlig unverständlich ist, dass die Gehälter im geschützten Sektor mitten in der schwierigsten Phase der Verhandlungen mit 9,2 bis 9,7 Prozent abgeschlossen wurden. Jetzt muss die Bundesregierung als Hauptprofiteur jeder Lohnrunde im Gegenzug eine kräftige Lohnnebenkostensenkung wie auch eine Entlastung bei den Energiekosten umsetzen, um die Betriebe, die von massiven Kostensteigerungen betroffen sind, etwas zu unterstützen.

Der Standort Österreich ist schwer unter Druck, ein Kipppunkt ist erreicht. Gleichzeitig haben wir im Herbst eine Nationalratswahl, was politischen Stillstand bis Jahresende 2024 bedeutet. Die Konjunktur wird irgendwann wieder anziehen, unsere Strukturprobleme bleiben aber. Auch die Verschuldung Österreichs erreicht Rekordwerte. Die nächste Regierung hat einen massiven Reformbedarf, um diese Probleme Österreichs zu lösen.

Ihr
Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich

Energieverbrauch*

294 TWh

Öl	35%
Elektrische Energie	22%
Gas	17%
Biogene Energien	17%
Fernwärme	7%
Kohle	2%
Brennbare Abfälle	1%

Bruttostromerzeugung*

68,8 TWh

Laufkraftwerke	38%
Speicherkraftwerke	19%
Erdgas	16%
Wind	11%
Biogene Brennstoffe	7%
Photovoltaik	5%
Kohle Erdöl	3% 1%
Sonstige Brennstoffe	1%

Strombedarf*

63,4 TWh

Produzierender Bereich	43%
Private Haushalte	31%
Öffentliche und private DL	19%
Landwirtschaft	2%
Verkehr	5%

Gasbedarf*

86,4 TWh

Produzierender Bereich	40,7%
Kraftwerke	32%
Private Haushalte	21,1%
Verkehr, Dienstleistungen und Sonstige	6,1%

*Zahlen für Österreich



2024 wird ein Restrukturierungsjahr

Die Industriellenvereinigung Oberösterreich lud zum Adventempfang und bot dort einen Rück- und Ausblick zum aktuellen und kommenden Jahr. Der Standort Österreich verliert aufgrund steigender Kosten an Wettbewerbsfähigkeit und steht am Kipppunkt. Die Weggabelung im Superwahljahr 2024 erfordert Zusammenhalt.

Im Rahmen des traditionellen Adventempfangs der IV-OÖ gab Präsident DI Stefan Pierer einen Rück- und Ausblick über das abgelaufene und das kommende Jahr.

Das Jahr 2023 war geprägt von zu spät und zu stark angehobenen Zinsen, überdurchschnittlich hoher Inflation in Österreich und massiv steigenden Personal- und Energiekosten am heimischen Standort. „Österreich befindet sich in der stärksten normalzyklischen Rezession seit 1951, die uns auch 2024 noch vor massive Herausforderungen stellen wird“, betonte Pierer. „Der Ausblick für das kommende Jahr bleibt verhalten, da weder aus den USA noch aus China ein wirtschaftlicher Turbo für Europa erwartet werden kann. Vor allem Deutschland und Österreich bleiben 2024 wirtschaftliche Nachzügler.“

Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner lobte Oberösterreich als besonders krisenfesten Region: „Gerade Oberösterreichs Industrie hat sich in den herausfordernden vergangenen drei Jahren als besonders krisenfest erwiesen. Das hat sich auch im aktuellen Ranking der Industrieregionen der EU gezeigt, in dem unser Bundesland erstmals unter die Top 20 aufgerückt ist. Die Transformation in Richtung erneuerbare Energie und die Digitalisierung bringen für die Unternehmen in unserem Bundesland große Chancen. Um diese nutzen zu können, müssen die Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden, damit der Standort OÖ wettbewerbsfähig bleibt und Investitionen nicht anderswo getätigt werden. Hier ist vor allem der Bund gefordert, insbesondere bei den Energiepreisen. Oberösterreich leistet seinen Beitrag mit dem oberösterreichischen Standort-Ressort-Budget, das von 299 Mio.

Euro 2019 auf mehr als 347 Mio. Euro im kommenden Jahr erhöht worden ist“, so Achleitner im Rahmen des Adventempfangs.

Besonders besorgniserregend ist allerdings der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im internationalen Standortwettbewerb. Stark steigende Lohnstückkosten, eine Steuer- und Abgabenquote im EU-Spitzenfeld, zu wenig Fortschritt beim Thema ‚Leistung muss sich lohnen‘ und nationale und europäische Überregulierung sind die Gründe dafür – und wären die Herausforderungen nicht schon groß genug, wird in Österreich auch noch über eine 32-Stunden-Woche diskutiert. „Vom Leistungsprinzip, welches Österreich in den letzten Jahrzehnten wohlhabend gemacht hat, sind wir heute weit entfernt. Manche träumen in unserem Land weiterhin vom leistungslosen Wohlstand“, so Pierer. Völlig unverstänlich und zukunftsvergessen sei es auch, dass die öffentliche Hand bereits hohe Gehaltssteigerungen von über neun Prozent für Pensionisten und öffentlich Bedienstete beschlossen hat. Damit steigen die Gehälter im geschützten Sektor stärker als im exponierten privatwirtschaftlichen



Klaus von Moltke (BMW), Günther Schallmeiner (Siemens), Markus Achleitner, Peter Sticht (STIWA), F. Peter Mitterbauer (Miba).

Sektor. „Man hat den Eindruck, als ob manche in der Politik noch nicht verstanden haben, worum es aktuell geht. Unser Standort steht an einem Kipppunkt. Das Jahr 2024 wird in jedem Fall ein Restrukturierungsjahr für die Betriebe. Großbetriebe werden Arbeitsplätze an andere Standorte verlagern, KMUs werden besonders unter Druck kommen.“

Die konjunkturellen Probleme werden sich später als erhofft auflösen, die strukturellen Probleme des Standorts bleiben aber. „Was es jetzt braucht, ist professionelle Standortpolitik: Runter mit den Kosten für Unterneh-

men, mehr Anreize für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mehr und länger zu arbeiten, und schnellere Verfahren bei Investitionsprojekten“, betonte Pierer. Stark beeinflusst wird das Jahr 2024 von enorm bedeutsamen Wahlen in den USA, der EU wie auch in Österreich. Damit steht die weltweite Entwicklung an einer Weggabelung, die großen Einfluss auf die weitere Entwicklung der oö. Industrie nehmen wird. „In solch volatilen Zeiten müssen das Gespräch und der Zusammenhalt gesucht werden und nicht der Konflikt und die Abschottung“, meinte IV-OÖ-Präsident Stefan Pierer abschließend.



Stefan Pierer, Markus Achleitner, Joachim Haindl-Grutsch.



Elisabeth Engelbrechtmüller-Strauß (Fronius), Christoph Merckens.



Axel Kühner (Greiner), Klaus Pöttinger.



Rob van Gils (HAI), Sebastian Wolf (Rosenbauer).